Rechtswissenschaftliche Fakultät

Exposé

Zur Dissertation mit dem vorläufigen Arbeitstitel

Die Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission

Verfasser

Mag. iur. Jakob Rulofs

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Betreuer

Univ. Prof. Dr. Thomas OLECHOWSKI

Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 783 101
Matrikelnummer:	1004691
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Rechtswissenschaften

Wien, im Juli 2020

I. Inhaltsverzeichnis

I. Inhaltsverzeichnis 1

II. Einführung in das Thema 2

III. Zielsetzung, Problemanalyse und Forschungsfragen 4

1. Zielsetzung und Problemanalyse 4

2. Forschungsfragen 4

IV. Vorläufige Grobgliederung 6

V. Vorläufiger Zeitplan 7

VI. Auszug aus dem vorläufigen Literatur- und Quellenverzeichnis 8

1. Literatur 8

2. Quelleneditionen: 9

3. Amtliche Normen und Materialsammlungen 9

4. Bestände aus dem Österreichischen Staatsarchiv: 10

5. In der Ministerialbibliothek des Bundesministeriums für Finanzen verfügbare Quellensammlungen: 10

II. Einführung in das Thema

Im Gefolge der Veröffentlichung des von Kaiser Karl I. gezeichneten Völkermanifests vom 16. Oktober 1918, mit dem die Umwandlung der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie in einen Bundesstaat angekündigt wurde, verstärkten sich die Auflösungstendenzen in der Habsburgermonarchie. Das Völkermanifest sah vor, dass die verschiedenen Völker der österreichischen Reichshälfte in Form von Nationalräten an der verfassungsrechtlichen Umgestaltung Cisleithaniens mitwirken sollten. Dies beschleunigte jedoch nur die bereits bestehenden separatistischen Tendenzen. Da Verhandlungen der k.k. Regierung mit den Vertretern der Völker Cisleithaniens scheiterten und die Durchführung von Reformen im Sinne des Völkermanifests zunehmend aussichtslos erschien, trat die k.k. Regierung unter Max Freiherr Hussarek von Heinlein zurück.[1]

Der Kaiser ernannte daraufhin die letzte k.k. Regierung unter Ministerpräsident Lammasch. Aufgabe dieser Regierung konnte letztlich nur mehr die Liquidierung Altösterreichs sein. Dieser Entwicklung folgend, beschloss die Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich am 30. Oktober 1918 die Gründung des Staates Deutschösterreich.

Die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg, die mit dem Waffenstillstand von Villa Giusti vom 3. November 1918 besiegelt war, beschleunigte die Auflösungstendenzen. Die k.k. Regierung Lammasch, die in dieser Zeit eine koordinierende und moderierende Rolle zwischen den auf dem Gebiet der österreichischen Reichshälfte neu entstehenden Nationalstaaten einnahm, trat mit 11. November 1918 zurück. Am selben Tag verzichtete auch der Monarch auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften.[2]

Die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie erkannten offenbar allen Separationsbestrebungen zum Trotz, dass sie weiterhin gemeinsame Gremien zur Entflechtung und Trennung der gewachsenen finanziellen und wirtschaftlichen Bänder benötigten.[3] Dementsprechend normierte etwa Art. 4 des Gesetzes vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs, dass die Liquidierung der ehemaligen Zentralstellen der Habsburgermonarchie völkerrechtlichen Vereinbarungen durch Kommissionen vorbehalten sei, welche durch die Nachfolgestaaten zu beschicken seien.[4]

Am 14. November 1918 trat daher im deutschösterreichischen Staatsamt für Äußeres eine Gesandtenkonferenz der Nachfolgestaaten zusammen.[5] Zur Durchführung der finanziellen Liquidation setzte die Gesandtenkonferenz in ihrer achten Sitzung am 21. Jänner 1919 die Internationale Liquidierungskommission (ILK) ein. Die Gesandtenkonferenz stellte der ILK dabei folgende Aufgaben:

---

[1] Berchtold, Verfassungsgeschichte 6ff, 13ff, 17ff.

[2] Ebd. 29ff.

[3] Haas, Friedensproblem 25ff.

[4] StGBl Nr. 5/1918.

[5] ADÖ I/19.

Erfassung von Vermögen und Schulden der Monarchie, Erarbeitung von Grundsätzen für deren Verteilung sowie Feststellung der Richtlinien für die Abwicklung der der noch anhängigen Angelegenheiten.[6]

Die ILK führte dazu im Zeitraum vom 23. Jänner 1919 bis 30. Dezember 1919 insgesamt 115 Sitzungen durch, die mit Protokollen festgehalten werden. Die Sitzungen der ILK wurden im deutschösterreichischen Staatsamt des Äußeren abgehalten, verhandelt wurde in deutscher Sprache. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig. Wenn keine Einstimmigkeit erreicht werden konnte, wurde der Gegenstand der Gesandtenkonferenz zur Beschlussfassung vorgelegt. Der ILK wurden die in den ehemaligen Zentralstellen der Monarchie eingerichteten Bevollmächtigtenkollegien, die sich aus Vertretern der Nachfolgestaaten zusammensetzten, beigegeben. [7]

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain-en-Laye (VSG) am 10. September 1919 beschloss die Konstituierende Nationalversammlung das „Gesetz vom 18. Dezember 1919, womit in Abänderung des Artikels 4 des Gesetzes vom 12. November 1918, StGBl Nr. 5, über die Staats- und Regierungsform Bestimmungen bezüglich der Auseinandersetzung mit den Staaten, zu welchen Gebietsteile der ehemaligen österreichischen-ungarischen Monarchie gehören, getroffen werden“.[8] Mit diesem Gesetz wurde die bisher zwischenstaatlich, insbesondere mittels der ILK durchgeführte Liquidation zu einer inneren österreichischen Angelegenheit erklärt. Die Tätigkeit der ILK hörte auf, die finanzielle Auseinandersetzung sollte entsprechend dem VSG erfolgen.

---

[6] ADÖ I/136; Haas, Friedensproblem 29.

[7] AdR, AAng, BKA-AAng, ILK.

[8] StGBl Nr. 577/1919.

III. Zielsetzung, Problemanalyse und Forschungsfragen

1. Zielsetzung und Problemanalyse

Das Dissertationsvorhaben hat zum Ziel, die Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission aufzuarbeiten. Darüberhinaus sollen auch die aufgrund der Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission erforderlichen Querverbindungen zur Gesandtenkonferenz und den Bevollmächtigtenkollegien dargestellt werden. Zudem soll auch Augenmerk auf die Sachverhalte gelegt werden, die eine endgültige Regelung erfuhren, sodass eine Aufnahme in den VSG unterblieb oder die im Rahmen der Internationalen Liquidierungskommission getroffenen Entscheidungen vom VSG faktisch gebilligt wurden.

2. Forschungsfragen

Inwiefern konnte die ILK ihre Aufgabenstellung im Laufe ihrer Tätigkeit erfüllen?

In welchen Zentralstellen wurden Bevollmächtigtenkollegien eingesetzt?

Inwiefern konnte durch die Einsetzung der Bevollmächtigtenkollegien Kontrolle über die zu liquidierenden Zentralstellen ausgeübt werden (organisatorisch-personell / inhaltlich-sachlich)?

Inwiefern konnte diese Kontrolle auch auf den – ehemals – nachgeordneten Bereich in den Nachfolgestaaten ausgedehnt werden, bspw. zum Zwecke der Inventarisierung?

Ist eine Inventarisierung der Liquidationsmasse erfolgt?

Wurden gemeinsame Verfügungen über existente Aktiva und Passiva der Liquidationsmasse durch die ILK getroffen?

Inwiefern wurden bestehende Sachaktiva aufgeteilt oder verwertet bzw. welche Vorgaben hat die ILK dazu entwickelt?

Inwiefern konnte eine Aufteilung der Passiva im Rahmen der ILK vereinbart werden?

Welche Verfügungen wurden über etwaige Bankguthaben der Liquidationsmasse getroffen?

Welche Maßnahmen wurden im Bereich der Kriegsgefangenenfürsorge getroffen?

Inwiefern gab es Ansätze, die mit Gesandtenkonferenz, ILK und Bevollmächtigtenkollegien eingerichtete Organisationsstruktur auch nach Unterzeichnung des VSG aufrechtzuerhalten?

Inwiefern wurde Regelungen des VSG vorgegriffen?

Inwiefern lässt sich aus den Verfügungen der ILK ein Abweichen vom Territorialitätsprinzip bei der Verteilung von Vermögen und Schulden der Habsburgermonarchie erkennen?

Das dargestellte Thema wird an Hand der im Österreichischen Staatsarchiv verfügbaren Archivbestände sowie sonst auffindbarer Quellen wissenschaftlich aufgearbeitet und mithilfe juristischer Auslegungsmethoden bearbeitet. Die Literatur- und etwaige Judikatur-Recherche erfolgt in Bibliotheken sowie mittels relevanter Datenbanken. Als Literatur werden Zeitschriftenbeiträge, Beiträge in Sammelbänden, Monographien, Lehrbücher und Festschriften verwendet. Für die wissenschaftliche Aufarbeitung und Analyse der gesammelten Quellen werden die gängigen juristischen Methoden herangezogen. Diese Dissertation soll, anhand der Beantwortung der dargestellten Forschungsfragen, einen Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der (finanziellen) Auseinandersetzung der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie leisten. Aufbauend auf der bereits existierenden Literatur wird die Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission, der ihr zugeordneten Bevollmächtigtenkollegien und die diesbezügliche Beschlussfassung der Gesandtenkonferenz rechtshistorisch-kritisch analysiert und auch nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet. Die Ursachen für ein etwaiges Scheitern der ILK sollen ebenso wie das Erreichte herausgearbeitet und hinterfragt werden.

IV. Vorläufige Grobgliederung

I. Einleitung und historische Bedingungen

A. Das Völkermanifest Kaiser Karls I.

B. Das „Liquidierungskabinett“ Lammasch

C. Die Entstehung der Nachfolgestaaten und das Ende der Monarchie

II. Aufbau einer „Liquidierungsorganisation“ durch die Nachfolgestaaten

A. Zustandekommen und Beschlussfassung der Gesandtenkonferenz im Hinblick auf die Liquidierungstätigkeit

B. Liquidationskommissäre in ehemaligen Zentralstellen

III. Aufnahme der Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission

A. Aufgabenstellung der Internationalen Liquidierungskommission

B. Funktionsweise der Internationalen Liquidierungskommission

C. Einrichtung der Bevollmächtigtenkollegien in den Zentralstellen

D. Verhältnis Bevollmächtigtenkollegien – Internationale Liquidierungskommission – Gesandtenkonferenz

IV. Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission mit Ausblick zu den Bevollmächtigtenkollegien

A. Die Entwicklung der Inventarisierungsgrundsätze

B. Die Liquidierung der drei militärischen Zentralstellen (k.u.k. Kriegsministerium, Marinesektion des k.u.k. Kriegsministeriums und k.k. Ministerium für Landesverteidigung)

C. Der liquidierende gemeinsame Oberste Rechnungshof und die Internationale Liquidierungskommission

D. Der Hofärar und die Internationale Liquidierungskommission

E. Die Liqiudierung der beiden Finanzministerien

F. Sonstige Maßnahmen

V. Resümee der Tätigkeit der Internationalen Liquidierungskommission

A. Ein Vorgriff auf den Vertrag von Saint-Germain?

1. Finanzielle Regelungen im Vertrag von Saint-Germein

2. Vergleich und Gegenüberstellung

B. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

VI. Quellen- und Literaturverzeichnis

V. Vorläufiger Zeitplan

Sommersemester 2015	• VO Juristische Methodenlehre • SE Judikatur- und Textanalyse • Wahlpflichtfächer • SE aus Rechtsgeschichte
Wintersemester 2015/2016	• SE aus Rechtsgeschichte • Wahlpflichtfächer • Recherche für ein Dissertationsthema
Sommersemester 2016, bis Sommersemester 2018	• Archiv- und Literaturrecherche • Vorarbeiten für Exposé und Dissertation
Wintersemester 2018/2019	• Abfassen des Exposés • Besuch der benötigten Wahlpflichtfächer • SE zur Vorstellung des Dissertationsvorhabens • Beginn mit dem Verfassen der Dissertation
Sommersemester 2019 bis Wintersemester 2022/2023	• Verfassen der Dissertation
Sommersemester 2023	• Überarbeitung und Fertigstellung der Dissertation • öffentliche Defensio

VI. Auszug aus dem vorläufigen Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Literatur

BERCHTOLD, Klaus: Verfassungsgeschichte der Republik Österreich: Bd I. 1918 – 1933 Fünfzehn Jahre Verfassungskampf, Wien, New York 1998.

BRAUNEDER, Wilhelm/LESER, Norbert (Hrsg.): Staatsgründungen 1918, Frankfurt am Main 1999.

BALTZAREK, Franz: Österreichs Rolle bei der Integration und Desintegration von Währungsräumen in Mitteleuropa von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts (=Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 55, Heft 1, Berlin 2014, 93-128).

GULICK, Charles A.: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1948.

HAAS, Hanns: Österreich-Ungarn als Friedensproblem. Aspekte der Friedensregelung auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie in den Jahren 1918-1919, Bd. I, Salzburg 1968.

HÖBELT, Lothar: Die erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium, Wien, Köln, Weimar 2018.

KELSEN, Hans: (Hrsg.): Die Verfassungsgesetze der Republik Österreich, Bd I, III, IV, Wien 1919.

MUTH, Clemens: Das Ende der Kronenzone: Die Auflösung des gemeinsamen Währungsgebiets auf dem Territorium des ehemaligen Habsburgerreichs, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 38, Heft 1, Berlin 1997, 135-156.

MACMILLAN, Margaret: Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte, Berlin 2015.

PFOSER, Alfred/WEIGL, Andreas: Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Salzburg, Wien 2017.

POGANY, Agnes: Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden, in RUMPLER, Helmut (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band XI, Die Habsburgermonarchie und der erste Weltkrieg, 1. Teilband, Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas, Wien 2016, 543-596.

PRESSBURGER, Siegfried: Das Österreichische Noteninstitut 1816-1966. 2. Teil, Bd. IV. Wien 1976.

RAUCHENSTEINER, Manfried: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918, Wien, Köln, Weimar 2013.

RAUCHENSTEINER, Manfried: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien, Köln, Weimar 2017.

RECKER, Marie-Luise: England und der Donauraum 1919-1929. Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung, in: Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts in London, Bd. 3, Stuttgart 1976.

SCHENNACH, Martin P.: Vom k.k. Ärar zum Bundesschatz? Das Staatsvermögen der Habsburgermonarchie und die Entstehung des österreichischen Bundesstaates, in: Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus, Bd. 120, Wien 2015.

WINKELBAUER, Thomas: Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Bd. 112, Wien 2004, 368-398.

2. Quelleneditionen:

ENDERLE-BURCEL, Gertrude/HAAS, Hanns/MÄHNER, Peter (Hrsg.): Der österreichische Staatsrat. Protokolle des Vollzugsausschusses, des Staatsrates und des Geschäftsführenden Staatsratsdirektoriums 21. Oktober bis 14. November 1918, Wien 2008.

FELLNER, Fritz/MASCHL, Heidrun (Hrsg.): „Saint-Germain, im Sommer 1919“. Die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation. Mai – August 1919, in FELLNER, Fritz (Hrsg.): Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. I, Wien-Melk 1977.

FELLNER, Fritz (Hrsg.): Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, 2 Bände, Graz, Köln 1954 (=Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 39)

KOCH, Klaus (Hrsg.): Selbstbestimmungsrecht der Republik: 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, Wien, München 1993 (=Suppan, Arnold (Hrsg.): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich, 1918-1938, Bd. I).

3. Amtliche Normen und Materialsammlungen

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich [ab 1919: für die Republik Österreich] (StGBl, Wien 1918–1920, 1945).

Beilagen zu den Protokollen der Provisorischen Nationalversammlung.

Beilagen zu den Protokollen der Konstituierenden Nationalversammlung.

Bericht der Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye; 379 BlgKNV.

4. Bestände aus dem Österreichischen Staatsarchiv:

Archiv der Republik, Auswärtige Angelegenheiten, Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Internationale Liquidierungskommission (AdR, AAng, BKA-AAng, ILK).

5. In der Ministerialbibliothek des Bundesministeriums für Finanzen verfügbare Quellensammlungen:[9]

Niederschriften über die im deutschösterreichischen Staatsamte für Äußeres (zur Behandlung von Liquidierungsfragen) abgehaltene Gesandtenkonferenz (der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten).

Niederschriften über die im deutschösterreichischen Staatsamte für Äußeres abgehaltenen Sitzungen der internationalen Liquidierungskommission (der österr.-ungar. Nachfolgestaaten), Wien 1918-1919.

Satzungen der Bevollmächtigten-Kollegien für die liquidierenden Stellen (beschlossen in der Sitzung der Internationalen Liquidierungskommission vom 27. Jänner 1919).

Protokolle über die Sitzungen des Bevollmächtigtenkollegiums für das liquidierende Finanzministerium.

Protokolle über die Sitzungen des Bevollmächtigtenkollegiums der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten beim liquidierenden Kriegsministerium, Marinesektion.

Protokolle über die Sitzungen des Bevollmächtigtenkollegiums für das liquidierende Kriegsministerium.

Protokolle über die Sitzungen des Bevollmächtigtenkollegiums der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten beim liquidierenden Ministerium für Landesverteidigung.

Niederschriften über die im liquidierenden Gemeinsamen Finanzministerium abgehaltenen Sitzungen des Bevollmächtigtenkollegiums (der österr.-ungar. Nachfolgestaaten) für die Liquidierungsarbeiten dieses Ministeriums.

Protokolle der zur Vorbereitung der Liquidierung der finanziellen Angelegenheiten Österreichs eingesetzten Kommission.

Protokolle der zwischenstaatlichen Kommission zur Verwertung hofärarischer Güter.

---

[9] Hintere Zollamtsstraße 2b, 1030 Wien